

cenjur®
CE juristisch-politisches
Info-Magazin von



Osterweiterung - richtig und wichtig, im derzeitigen Zustand Europas aber nicht durchführbar

Datum: Tue, 12 Nov 2002 00:07:43 +0100

Von: cenjur@t-online.de

An: Jean-Christophe.Filori@cec.eu.int, Catherine.Fenech@cec.eu.int, juristischer Dienst <Rosa.Schmit-Dannemark@cec.eu.int>

Grüsse Sie, Herr Filori,

zunächst entschuldige ich mich, dass wohl bei der Übertragung mein Name und unser Magazin offensichtlich "abgeschnitten" wurden! Ebenfalls wurde mein Chatlink zum Chat mit Wolfgang Senff vom 06.11.2002 abgeschnitten. Ich möchte Ihnen nun diesen Link hier noch senden:

http://www.cenjur.de/cenmag/senff_emk.htm - das EIZ Niedersachsen verlinkt auf unseren Beitrag unter <http://www.eiz-niedersachsen.de/cgi-bin/frameset.pl?page=chat/index.htm&title=EIZ%20Niedersachsen>

Sie schreiben richtig: was kann man denn bitte tun? Ich dachte, das geschrieben zu haben. Lassen Sie mich die von mir für richtig gehaltenen Schritte aufführen:

- Ø Kommissar Verheugen soll eine Aufstellung über alle Richtlinien und Verordnungen erstellen lassen.
- Ø Der jeweilige Umsetzungsstand von Richtlinien und Verordnungen seitens aller Mitgliedstaaten ist offenzulegen.
- Ø Danach ist ein Kostenplan zu erstellen, was cirka die einzelnen Mitgliedstaaten die Umsetzungsmassnahme kosten wird, Beispiel Emissions-Richtlinie, FleischhygieneVO.

- Ø Klären, welche Verfahren (sowie Stand des Verfahrens) welchen Mitgliedstaates beim EuGH anhängig sind.
- Ø Welche Richtlinien und Verordnungen seitens der Beitrittsländer in nationales Recht umzusetzen sind?
- Ø In welcher Höhe (cirka) hier noch Kosten erwartet werden, zu erwarten sind.
- Ø Wie der derzeitige NATO-Standard der derzeitigen EU-Mitgliedstaaten ist und welche Kosten hier noch seitens der bisherigen Mitgliedstaaten aufzuwenden sind?
- Ø Wie weit die neu aufzunehmenden Staaten den NATO-Standard in ihren Ländern realisiert haben oder welche Kosten hier noch bei Aufnahme in die EU auf die Gemeinschaft zukommen?
- Ø Wie sich die Gemeinschaft im Hinblick auf die Osterweiterung die Entwicklung des Agrarmarktes vorstellt; bekanntlich ist BSE noch immer auf dem Markt. Neue Probleme werden durch die neuen Beitrittsländer entstehen, da derzeitige Mitgliedstaaten kräftig BSE-kontaminiertes Futtermittel in die Ostblockstaaten "entsorgten"? Welche BSE-Fälle gibt es dort? Wird dort getestet? Liegen Statistiken vor?
- Ø Wie geht man mit den dort in hohem Masse gelagerten radioaktiven Abfällen um, die bekanntlich die derzeitigen Mitgliedstaaten und die Schweiz in die Ostblockstaaten „entsorgt“ haben? Fakt ist, dass die Ostblockländer wegen hohen Kapitalbedarfs kontaminiertes Futtermittel einerseits – radioaktives Material andererseits – in hohem Masse „entgegengenommen“ haben.
- Ø Gibt es in den Ostblockstaaten Aktiengesellschaften? Auf welcher Basis werden diese geführt, transparente Namensaktie wie in England oder anonyme Inhaberaktie wie in Deutschland oder gibt es die goldene Aktie wie in Frankreich?

Dies waren die mir zunächst wichtigsten und relevantesten Fragen, um deren Klärung ich ersuche, bevor an eine Osterweiterung gedacht werden kann. Erst wenn wir "Soll und Haben", also einen "Kassensturz" gemacht haben, wenn wir, die derzeitigen Mitgliedstaaten wissen, was noch an Erledigungen in welchem Zeitrahmen und in welchem Kostenrahmen anstehen, können wir weitersehen.

Fakt ist, dass die derzeitigen Mitgliedstaaten derart schlampig, wenn überhaupt, EU-Recht in nationales Recht umsetzen, dass ich allergrösste Bedenken habe. Gerade gestern habe ich EU-Kommissar Byrne wegen der Nichtumsetzung wesentlicher EU-Verordnungen der Nation Deutschland im Fleischhygiene-Bereich um Mithilfe gebeten. Eine Umsetzung der Strahlenschutz-Richtlinie aus dem Jahre 1959 schaffte gerade die Bundesrepublik Deutschland nach 40 Jahren (!) und dies nicht einmal korrekt, sondern fehlerhaft. Über Frankreich reden wir hier erst überhaupt nicht.

Ich bin jederzeit und gerne bereit, mich mit Kommissar Verheugen und/oder Ihnen zu einem ernsthaften Dialog-Gespräch zusammenzufinden. Nochmals: ich sehe mich als einen absoluten Kenner des EU-Rechts, das ich seit 14 Jahren bearbeite und herausgebe und darüber sogar berichte.

Ihrer Stellungnahme sehe ich mit Interesse entgegen und darf mich nun richtig verabschieden und hoffe, dass nicht wieder der Rest "abgeschnitten" wird.

Viele Grüsse aus dem südlichen Breisgau (Hochschwarzwald, unser zuständiger Europa-Abgeordneter ist Dr. Karl von Wogau)

gez. Gudrun Seidl

Gudrun Seidl, Mitglied der WissenschaftsPresseKonferenz

cenjur CE juristisch-politisches Info-Magazin